



Pressemitteilung am 04.02.2021

VOR LAUTER WAHL DIE BÄUME NICHT SEHEN...

Das klingt nach einer großartigen Ankündigung für den Umweltschutz: 1.000 Bäume sollen im Lindener Wald gepflanzt werden. Im Jahr 2022. Mitverantwortlich für diese grundsätzlich begrüßenswerte Aktion: der Bürgermeister.

Die Lindener Grünen halten die frühzeitige Bekanntmachung für ein reines Wahlkampfmanöver. Denn sehr vielweniger umweltbewusst handelt der Bürgermeister im Zusammenhang mit einem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der im letzten Februar einstimmig vom Parlament beschlossen wurde: Auf städtischem Grund sollen 40 Bäume gepflanzt werden.

Auf Nachfrage im Oktober 2020 teilte der Bürgermeister mit, es sei bisher kein einziger der Bäume gepflanzt worden. Begründung: Man sei noch auf der Suche, wohin man pflanzen solle, da müsse man so tiefe Löcher graben und überhaupt könne man nicht im Sommer pflanzen. Es sei aber auch nicht davon auszugehen, dass die Pflanzungen bis Sommer 2021 durchgeführt sind, endet die Stellungnahme wenig optimistisch.

Leider finden in Linden die eigentlich selbstverständlichen Nachpflanzungen gefälltter Bäume auch nicht statt (s. Fotos) – obwohl man da doch wissen könnte, wo man sie hinpflanzt.

Damit wird ein Parlamentsbeschluss zur ökologischen Stadtentwicklung missachtet und nicht umgesetzt. Als weitere Beispiele für diese Blockadehaltung nennen die Lindener Grünen folgende, ebenfalls nicht umgesetzte Projekte:

Die Photovoltaik-Anlage auf der KiTa Regenbogenland

2017 beschloss das Parlament, dass auf dem KiTa-Dach Strom durch Sonnenenergie erzeugt werden soll. Der Beschluss wurde mit fadenscheinigen Gründen bis heute nicht umgesetzt. Stattdessen zahlt die Stadt Jahr für Jahr zwischen 7.500 und 11.000 € Stromkosten. Jetzt ist die Rede von 2023!

Der Klimaschutzmanager

Ein Klimaschutzmanager soll eingestellt werden, beschloss das Parlament 2018 – fünf Jahre komplette Förderung wären im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative möglich gewesen. Die Umsetzung wurde aber vom Bürgermeister über mehr als zwei Jahre verschleppt (»Ich finde die Unterlagen nicht mehr!«) – die Förderdauer hat sich mittlerweile auf drei Jahre verkürzt.

Dies bedeutet einen Verlust von etwa 100.000 €, vor allem aber zwei verlorene Jahre für den Klimaschutz.

Der Rückbau von Schotterflächen der Stadt

Trotz eines bestehenden Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2020 wurde bisher nicht eine einzige der betroffenen öffentlichen¹ Grünflächen naturnah umgestaltet, immer noch sind es ökologisch entwerte Schotterwüsten (so z. B. im Stadtzentrum).

Die Ausgleichsmaßnahmen

Auch bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben zeigt sich die Stadt unwillig: Ausgleichsmaßnahmen sollen Eingriffe in die Natur durch Bebauung und Flächenverbrauch an anderer Stelle auffangen. Festgelegt in den jeweiligen Bebauungsplänen, muss die Stadt dafür sorgen, dass diese in öffentlichen Datenbanken dokumentiert und nachvollzogen werden können. In Linden: Fehlanzeige – die Einträge werden seit Jahren nicht aktualisiert. Die Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Stadtverordnetenversammlung ergab, dass eine Dokumentation durch die Stadt nicht oder nur unvollständig stattfindet und damit keine Information darüber vorliegt, ob Maßnahmen überhaupt durchgeführt werden oder nicht. Eine Kontrolle über Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz ist damit kaum möglich. Dazu passt, dass seit vielen Monaten die Bebauungspläne für Lindener Bürger*innen nicht mehr online einsehbar sind.

Daher, so Katrin von der Decken, die Listenführerin der Lindener Grünen, sei es dringend erforderlich, die Umsetzung bestehender Vorgaben und Beschlüsse sicherzustellen.

»Eine ökologische Stadtentwicklung ist immer noch nicht in Linden angekommen«, sagt sie, »das muss sich ändern.«

V.i.S.d.P. Dr. Christof Schütz, Am Lückenberg 18, 35440 Linden